

Der Vollzugsdienst

4-5/2016 – 63. Jahrgang **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**

BSBD begrüßt mehr Flexibilität beim Übergang in den Ruhestand

Dringender Handlungsbedarf bei den Erwerbsminderungsrenten

Seite 4

Justizsenator hält Wort ! Neue Sicherheitsausrüstung für den Berliner Justizvollzug

Vollzugsanstalten erhalten angemeldeten Bedarf zum Jahresende

Seite 25

Mutmaßlicher IS-Terrorist begeht Suizid in der JVA Leipzig

Sächsischer Vollzug sieht sich überzogener Kritik ausgesetzt

Seite 52

Der Landeshauptvorstand des BSBD Hessen tagte in Lich/Eberstadt



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Rheinland-Pfalz

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Erfolgreicher Start für das dbb forum
ÖFFENTLICHER DIENST:
Zehn Jahre Föderalismusreform(en)
- 4 Flexibler Übergang in den Ruhestand –
Dringender Handlungsbedarf bei den
Erwerbsminderungsrenten
- 5 BSBD international –
CESI als gewerkschaftliche
Dachorganisation in Europa


LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 21 Bayern
- 25 Berlin
- 29 Brandenburg
- 32 Bremen
- 33 Hamburg
- 35 Hessen
- 42 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 66 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 78 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 84 10 Jahre Föderalismusreform(en)
Besoldung und Versorgung
im Überblick
Auswirkungen der Föderalismusreform I



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 6/2016:



15. November 2016

Auf ein Wort**80 Neueinstellungen für den hessischen Justizvollzug**

Stellenabbau im Justizressort angehalten

Mit einem Zehn-Punkte-Plan im Gepäck informierte Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann am 29. Juli 2016 die Anstaltsleitungen und Personalräte über ihre Verhandlungsergebnisse für den Haushaltsentwurf 2017.

Zur Refinanzierung der Arbeitszeitreduzierung ab 1. August 2017 werden 30 neue Stellen für die Wechselschicht- und Schichtdienstleistenden im Haushalt geschaffen.

Darüber hinaus werden 20 neue Anwärterstellen ausgewiesen. Dazu kommen noch weitere Stellen für die Fachdienste in den Anstalten.

Insgesamt wird aktuell alles versucht, den Anteil nicht besetzter Stellen deutlich zu reduzieren. So ist jetzt seitens der Fachabteilung Justizvollzug geplant

– möglichst umgehend – insgesamt 80 Neueinstellungen allein im **AVD** vorzunehmen und ab 2017 zusätzliche Ausbildungsgänge einzuberufen.

Neues Sachgebiet „Bewerbungsmanagement“ eingerichtet

Im **H.B.Wagnitz-Seminar** wurde zum 1. September 2016 eigens ein neues Sachgebiet **Bewerbungsmanagement** mit insgesamt vier Kolleginnen und Kollegen eingerichtet.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des **BSBD** Hessen **Reiner Ruf** sowie die Vorsitzende des **BSBD**-Ortsverbands **Kim Griemsmann** gehören diesem Team an, wobei **Kim Griemsmann** die Sachgebietsleitung übertragen wurde.

Hier gilt es nun, mit massiven Werbemaßnahmen und einem optimierten Bewerbungsverfahren möglichst schnell über eingehende Bewerbungen zu ent-

scheiden. Eine langjährige Forderung des **BSBD** Hessen, das Bewerbungsverfahren unbedingt zu beschleunigen, wird damit erfüllt.

Wir wünschen den vier Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe nun übernehmen – samt der darüber hinaus zeitlich besonders geforderten Mitglieder der Personalauswahlkommission – jedenfalls viel Erfolg, eine glückliche Hand... **Denn wir brauchen die Neuen schnellstmöglich an unserer Seite!**

PS: Der **BSBD** nahm im Juli übrigens umgehend Stellung zum Maßnahmenkatalog von Staatsministerin **Kühne-Hörmann**. Witzigerweise war deren Antwort dieses Mal schneller im Land verteilt als unser Schreiben an die Ministerin...

Beide Schreiben drucken wir in dieser Ausgabe nochmals ab.

Kurz gemeldet

Wechselschicht- und Schichtdienstleistende erhalten mehr Geld

„DuZ“ seit 1. April 2016 deutlich angehoben

BSBD begrüßt Anhebung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten

Der **BSBD** Hessen begrüßt die deutliche Anhebung der „DuZ“, der Stundenzuschläge für den Dienst zu ungünstigen Zeiten – insbesondere für die Nachtdienste – seit 1. April 2016. Auf allen politischen und gewerkschaftlichen Ebenen hatte sich der **BSBD** für die Anhebung stark gemacht.

Zuletzt hatte **BSBD**-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** Klartext im Landtag gesprochen, als vergangenen November die Anhörungen zu den damals beabsichtigten Änderungen im Dienstrecht stattgefunden hatten.

Ein Apell an die Landtagsabgeordneten

An die anwesenden Landtagsabgeordneten hatte sie appelliert, dass diese Erhöhung denen zugute komme, die da-



BSBD-Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** redet Klartext.

Foto: **BSBD**-Hessen

für sorgen, dass sie, die Abgeordneten, nachts ruhig schlafen können. Jetzt hat Hessen endlich nachgezogen. Hiervon profitieren insbesondere die Kolleginnen

und Kollegen des Justizvollzugs, der Polizei und der Feuerwehren.

Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Leistung der Nachtdienste gelegt, hier werden zukünftig statt 1,28 Euro jetzt 2,61 Euro gezahlt. Das ist mehr als eine Verdoppelung.

Für den Dienst an Wochenenden und Feiertagen fallen zukünftig 3,25 Euro statt bisher 2,71 Euro an. Leicht angehoben, d.h. um 2 Cent, wurde der Betrag für Samstagsarbeit ab 13 Uhr.

Jetzt fehlt nur noch **die Anhebung der Vollzugszulage auf 131,20 Euro**, auf den Betrag der Polizeidienstzulage!

Wir Vollzugsbedienstete haben es verdient!!! Der **BSBD** Hessen lässt hier nicht locker, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich engagiere mich

Hans-Joachim Habich,
JVA Schwalmstadt

**im BSBD Hessen weil ...**

...ich etwas bewegen
und verbessern will!



Im Bild der Landeshauptvorstand des BSBD Hessen.

Fotos (4): BSBD-Hessen

Wahlen zum Hauptpersonalrat:

Absolute Mehrheit verteidigt – trotzdem zwei Sitze verloren

Landeshauptvorstand BSBD Hessen tagt in Lich/Eberstadt

Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** begrüßte am 9. Juni 2016 die Ortsverbandsvorsitzenden, die Fachgruppenvertreter und Mitglieder des Landesvorstandes zur jährlichen Sitzung des Landeshauptvorstandes des BSBD Hessen in unserem traditionellen Tagungsort im Pfaffenhof in Lich/Eberstadt.

Bevor die Delegierten in die Tagesordnung einstiegen, konnte Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** den Koll. **Siegfried Urbanek**, Vorsitzender des OV Gießen und Fachgruppenvertreter der Menschen mit Behinderung, für 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD Hessen ehren.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung standen die Wahlen zum Hauptpersonalrat und zu den örtlichen Personalräten im Mai 2016. Zusammenfassend kann man das Ergebnis der Wahl so lesen, dass man gewonnen und doch verlo-

ren hat. Kritisch wurde angemerkt, dass man im Hauptpersonalrat Justizvollzug zwar die absolute Mehrheit verteidigen konnte, jedoch zwei Sitze verloren hatte. Sehr bedauerlich war, dass der zweite Frauensitz hauchdünn mit 0,04 % an die Freie Liste verloren wurde.

Der Sitz der Beschäftigten wurde leider an die Liste **Verdi** verloren. Selbstkritisch wurde dann hier auch angemerkt, dass man die hervorragenden Qualitäten der Kandidatin des BSBD Hessen für die Beschäftigtenliste in der Wahlwerbung nicht deutlich genug herausgestellt hatte.

In der Diskussion wurde klargestellt, dass der BSBD Hessen in der Arbeit des Hauptpersonalrats zwar das Heft in der Hand hat, aber insbesondere die **Freie Liste** im Wahlkampf von Netzwerken und Transparenz spricht, in der regelmäßigen Gewerkschaftsarbeit jedoch nur durch Schweigen und Nichtbeteiligung bei Stellungnahmen et cetera pp. auffällt.

In der kommenden Tätigkeitsperiode des Hauptpersonalrats wird man die Arbeit und auch die Erfolge der Arbeit des BSBD Hessen im Hauptpersonalrat viel deutlicher in den Vordergrund rücken müssen, ohne natürlich zu vergessen, dass man kollegial zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzuges zusammenarbeiten sollte.

Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass unsere Arbeit und unsere Erfolge von Trittbrettfahrern auf deren Fahnen geschrieben werden.

Letztlich bedeutet das in Hessen geltende Wahlrecht, dass der BSBD Hessen obwohl er in allen Anstalten, außer Weiterstadt, in der HPR-Wahl mehr Stimmen als beide Alternativlisten jeweils zusammen bekommen hat, nur eine knappe Mehrheit im HPR von einer Stimme besitzt.

Bei den Wahlen zu den örtlichen Personalräten war der BSBD Hessen ebenfalls durchweg erfolgreich.



Die Landesvorsitzende ehrt Kollegen Urbanek für 25 Jahre aktive Mitgliedschaft.



Birgit Kannegießer bewertet die Ergebnisse der Personalratswahlen: „Gewonnen und doch Sitze leider verloren.“

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Butzbach: BSBD 6 von 7 PR – Mitgliedern
Darmstadt: BSBD 3 von 7 PR – Mitgliedern
Dieburg: BSBD 4 von 5 PR – Mitgliedern
Dieburg JAV: BSBD 1 von 1 JAV – Mitgliedern
Frankfurt/M I: BSBD 3 von 9 PR – Mitgliedern
Frankfurt/M IV: BSBD 1 von 5 PR – Mitgliedern
Fulda: BSBD 3 von 3 PR – Mitgliedern
HBWS GPR: BSBD 6 von 7 PR – Mitgliedern
HBWS WI: BSBD 2 von 3 PR – Mitgliedern
VCC Nord: BSBD 2 von 3 PR – Mitgliedern
Gelnhausen: BSBD 3 von 3 PR – Mitgliedern
Gießen: BSBD 4 von 5 PR – Mitgliedern

Hünfeld: BSBD 5 von 5 PR – Mitgliedern
Kassel I: BSBD 6 von 9 PR – Mitgliedern
Kassel I JAV: BSBD 3 von 3 JAV – Mitgliedern
Kassel II: BSBD 4 von 5 PR – Mitgliedern
Limburg: BSBD 3 von 3 PR – Mitgliedern
Rockenberg: BSBD 7 von 7 PR – Mitgliedern
Schwalmstadt: BSBD 4 von 7 PR – Mitgliedern
Weiterstadt: BSBD 2 von 9 PR – Mitgliedern
Wiesbaden: BSBD 5 von 7 PR – Mitgliedern
Hauptjugend und Auszubildendenvertretung: BSBD 3 von 5 Mitgliedern

Nach den Diskussionen um die Personalratswahlen informierte Landesvorsitzende **Birgit Kannengießer** zu folgenden aktuellen Themen:

- Personalsituation und Stellenabbaukonzept
- Datenschutzprobleme NeDis
- Zentralisierung und Optimierung Bewerbungsmanagement
- Nachbesetzungsprobleme, angespannte Dienstpläne, hohe Krankenvorstände
- Verhaltensgestörte Gefangene
- Klage gegen Besoldungserhöhung
- Gespräche mit **CDU** und **Grüne**. Rückmeldung zu Polizeizulage steht noch aus.

Erfahrungsaustausch mit den Ortsverbandsvorsitzenden

Die Sitzung rundete der Erfahrungsaustausch mit den Ortsverbandsvorsitzenden und den Fachgruppenvertretern ab. Schwerpunkt der Gespräche hierbei war die anstehende Arbeitszeitverkürzung für über 50-jährige im Jahr 2017, sowie allgemein die Einführung der 41-Stundenwoche und deren Folgen.

Ferner ging es um Klagen über zu viele Dokumentationspflichten in der Gestaltung der Vollzugsplanung der Gefangenen, Hinweise auf die Probleme auch in der Verwaltung, Unterbringung der An-

wärter im HBWS und die Umsetzung der DuZ.

In verschiedenen Anstalten ist die Personalsituation sehr angespannt. Neueingestellte werden verheizt. Die Gewinnung von geeigneten Bewerbern für den

betreut 216 Pensionäre und steht diesen Kolleginnen und Kollegen immer wieder mit Rat und Tat zur Seite. Kollege **Michael Horn** konnte ebenso wie Kollegin **Melanie Peil** positive Zahlen zu Mitgliederentwicklung und Kassenstand geben.



Blick in die Runde der Tagungsteilnehmer.

allgemeinen Vollzugsdienst gestaltet sich schwierig.

Zum Schluss berichteten Pensionärsvertreter **Willi Kümmel** – schriftlich, Vorstandsmitglied **Michael Horn** und Landeskassiererin **Melanie Peil** aus ihren Arbeitsfeldern. Kollege **Willi Kümmel**

Mit einem Ausblick auf die bevorstehende Personalräteschulung und den kommenden Landesgewerkschaftstag im November 2016 schloss **Birgit Kannengießer** eine arbeitsintensive und informative Sitzung des Landeshauptvorstandes des BSBD Hessen 2016.



Erfreulich: Der Landesvorstand konnte steigende Mitgliederzahlen melden.

Ich engagiere mich im BSBD Hessen weil ...



... ohne diese starke Gewerkschaft, die Bediensteten im Hessischen Strafvollzug von unserer Landesregierung noch mehr benachteiligt würden.

Willi Kehm, Vorsitzender OV Geldhausen

Schreiben an:

Frau Staatsministerin

Eva Kühne-Hörmann

Datum: 26.07.2016 –

per öffentlichem Brief

Nachrichtlich:

An die Mitglieder des

Unterausschusses Justizvollzug im

Hessischen Landtag

Allen Kolleginnen und Kollegen

in den hessischen Justizvollzugs-

anstalten

Haushaltsentwurf 2017 und 10-Punkte- Maßnahmenpaket

Sehr geehrte Frau Staatsministerin

Kühne-Hörmann,

sehr geehrte Abgeordnete des

Hessischen Landtags,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sie, Frau Staatsministerin **Kühne-Hörmann**, mir als HPR-Vorsitzende im August 2015 Ihre Stellenkürzungspläne für das nun laufende Jahr 2016 mitteilten, erhielten Sie eine ausführliche, sehr kritische Stellungnahme und eine ausführliche Darlegung der Arbeitssituation im hessischen Justizvollzug. Das konnten wir nicht kommentarlos geschehen lassen.

Umso mehr habe ich mich vergangenen Freitag gefreut, als mich – wiederum als HPR-Vorsitzende – Ihr Informationsschreiben über die Haushaltspläne für den hessischen Justizvollzug erreichte. Die Schaffung neuer Stellen ohne Kompensation ist eine gute Nachricht.

Ja, im kommenden Jahr wird die Arbeitszeit reduziert werden, darum haben alle Gewerkschaften seit 2004 gerungen. 30 Stellen sind ein richtiger Schritt, da haben Sie schließlich Wort gehalten, sich für eine entsprechende Personalaufstockung einzusetzen. Ich vermute, dass diese Zahl zunächst für den allgemeinen Vollzugsdienst stehen wird.

Darüber hinaus werden die 21 neuen Stellen zur Stärkung der inneren Sicherheit – 2017 als neue Stellen für Obersekretärin/anwärter/innen i. JVD ausgebracht – für den hessischen Justizvollzug sehr wichtig sein. Selbstverständlich hoffen wir sehr – und werden dies natürlich verfolgen –, dass diese Stellen spätestens im Haushaltsjahr 2019 in echte Stellen der Besoldungsgruppe A7 (Eingangsamts des Laufbahnzweigs AVD) umgewandelt werden. Der **BSBD**-Hessen verfolgt das Projekt NeDis mit großer Aufmerksamkeit.

Es ist völlig unstrittig, dass die Beobachtung extremistisch gelisteter Gefangener erfolgen muss, dass Vernetzungen nachgespürt wird, was im Übrigen für jegliche

subkulturellen Strukturen im Justizvollzug gilt. Hier können die Beobachtungsergebnisse Grundlage für ein Gegensteuern sein.

Allerdings, Frau Staatsministerin, mit einer Ahnung hatten wir im vergangenen Jahr leider Recht behalten: Beobachtung und Protokollieren bedeuten eine deutliche Mehrbelastung für den Stationsdienst insbesondere in den Anstalten der Sicherheitsstufe I. Ohne diese Beobachtungsergebnisse gibt es keine Auswertungen durch die sieben im Justizvollzug 2016 installierten Strukturbeobachter/innen. Deshalb ist es umso wichtiger, die Stationsdienste personell zu stärken. In vielen Anstalten sind die Kolleginnen und Kollegen mittlerweile am Leistungslimit – und darüber hinweg –, arbeiten ohne Ruhetage durch, versuchen den immer verhaltensauffälligeren Gefangenen Herr zu werden, werden schlimmstenfalls mit Gewalt traktiert, sogar mit Kot und Urin beworfen. Das ist leider immer häufiger Realität für die Kolleginnen und Kollegen. Hier brauchen wir Personal, das in ausreichender – und zupackender – Zahl vorhanden, tatsächlich eingreifen kann. Auch in den Fachdiensten. Der hessische Justizvollzug gehört zur inneren Sicherheit!

Übrigens – im Kontext der zu befüllenden Beobachtungsbögen; die Stationsbediensteten ringen sehr darum, diese Bögen nicht mit vollem Namen unterschreiben zu müssen, sondern sie anonymisiert weiterleiten zu können. Hier kam es in der Praxis wiederholt zu Bedrohungen, nachdem Rechtsanwälte Einsicht in Gefangenenpersonalakten erhielten und die Namen der protokollierenden Bediensteten an ihre Mandanten weitergaben.

Wir sollten diese Klientel nicht unterschätzen, sie sind wegen ihrer Gefährlichkeit und Radikalität gelistet. Hier sollten wir die Bediensteten ganz besonders schützen. Hier ist das Vollzugspersonal nun in besonderer Weise gefordert. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese 20 Anwärterstellen 2019 schließlich wieder in dauerhaft besetzbare Planstellen umgewandelt werden.

Und es gilt hierbei, das Personalauswahlverfahren so zu optimieren, dass wir beschleunigt einstellen; die Zahl der unbesetzten Stellen muss deutlich reduziert werden; neben dem weiter hohen Krankstand ist das eine weitere markante Ursache für die nicht besetzten Positionen in den Tagesdienstplänen und der übermäßigen Belastung derer, die noch da sind, um Dienst zu leisten. Als **BSBD**- und als HPR-Vorsitzende arbeite ich in der eingesetzten Arbeitsgruppe zur Optimierung des Bewerbungsmanagements mit. Hier muss Manpower in das Verfahren investiert werden. Wir müssen schneller werden, dringend.

Wir müssen wieder konkurrenzfähig werden im Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber in allen Laufbahnen und Laufbahnzweigen!

Im Bereich der hessischen Polizei gibt es im Bereich der Ausbildung offensichtlich eine so genannte Vorsorgequote, d.h. dort wird rund 10% über dem Bedarf zum Einstellungszeitpunkt ausgebildet. Das wäre auch für den hessischen Justizvollzug eine Strategie, um gerade bei vorzeitigen Ruhestandsversetzungen oder Beendigung des Beamtenverhältnisses gezielter reagieren und zeitnah wiederbesetzen zu können. Um dies alles zu erreichen, gilt es natürlich auch, die Bezahlung im Auge zu behalten.

Frau Staatsministerin **Kühne-Hörmann**, ich bitte Sie nun persönlich, sich in den laufenden Haushaltsverhandlungen dafür einzusetzen, dass 2017 die Vollzugszulage – umgangssprachlich: „Gitterzulage“ – auf das Niveau der Polizeidienstzulage (aktuell 131,20 €) angehoben wird, wie es in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Schleswig-Holstein (in NRW geplant) bereits erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Kannegießer

BSBD-Landesvorsitzende

Antwortschreiben

Eva Kühne-Hörmann, MdL

Hessische Ministerin der Justiz

Aktenzeichen: 5121/16-Z/C1-

2015/14898-IV/A.

Datum: 27. Juli 2016

An die Vorsitzende des BSBD,

Birgit Kannegießer,

Landesverband Hessen

Haushaltsentwurf 2017 und 10-Punkte- Maßnahmenpaket

Sehr geehrte Frau Kannegießer,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.07.2016, in dem Sie die für den hessischen Justizvollzug erzielten sehr guten Haushaltsergebnisse positiv bewerten und als gute Nachricht bezeichnen.

Zur Beantwortung der von Ihnen ergänzend aufgeworfenen Fragen darf ich Ihnen zunächst mitteilen, dass als Ausgleich für den durch die Einführung der 41-Stunden-Woche entstehenden Mehrbedarf, 30 zusätzliche Stellen für den Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus erhält der Justizvollzug im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Stärkung der Inneren Sicherheit 21 neue Stellen für Anwärter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes, die Ihrer Hoffnung entsprechend später – nämlich wenn die

Anwärter ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben – in Planstellen umgewandelt werden sollen. Mir ist durchaus bewusst, dass der Vollzug bei der Besetzung der neuen Stellen in Konkurrenz auch zur Polizei treten wird, die mit dem Maßnahmenpaket zur Stärkung der Inneren Sicherheit ebenfalls neue Stellen für Anwärter erhalten wird. Es wird deshalb wichtig sein, dass schnell mit der Akquise neuen Personals begonnen werden kann.

Zur Erleichterung der Personalgewinnung können dabei insbesondere die 39 Stellen genutzt werden, die eigentlich im laufenden Jahr 2016 abzubauen gewesen wären. In den Haushaltsverhandlungen habe ich erreicht, dass diese 39 Stellen bis zum Ende des Jahres 2017 verlängert werden.

Die dafür notwendigen Personalmitel erhält der Justizvollzug ebenfalls. Ich denke, damit sind wir flexibel genug, um auch tatsächlich zeitnah mit der Personalaufstockung beginnen zu können.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Optimierung des Bewerbungsmanagements ist Ihnen bekannt, dass ab dem 3. Quartal 2016 ein Maßnahmenbündel zur Optimierung und Beschleunigung des Bewerbungs- und Einstellungsverfahrens vorgehen ist.

Das H.B. Wagnitz-Seminar wird zum 01.09.2016 ein neues Sachgebiet zur Personalgewinnung und Auswahl implementieren, umgehend mit der zentralen Personaleinstellung beginnen und das Testungsverfahren anpassen und straffen.

Die Behördenleitungen sind in die aktuellen Prozesse eingebunden. Insbesondere die Frage der zügigen Besetzung freier Planstellen wird Gegenstand der Anstaltsleiterdienstbesprechung am 29.07.2016 sein. Ich weise an dieser Stelle allerdings darauf hin, dass sich die Stellenbesetzungsquote im hessischen Justizvollzug inzwischen auf 97 bis 98 % beläuft, was bei der aktuellen Konjunkturlage auf dem Arbeitsmarkt einen respektablen Wert darstellt.

Unabhängig davon wurden die Behördenleitungen gebeten, in ihren Anstrengungen zu einer optimierten Personalnachfolgeplanung und der zügigen Wiederbesetzung frei werdender Stellen im Zusammenwirken mit dem neu geschaffenen Sachgebiet Personalgewinnung und Bewerbungsmanagement und der Fachabteilung im Ministerium nicht nachzulassen.

Die von Ihnen vorgeschlagene Schaffung einer sog. Vorsorgequote im Bereich der Ausbildung ist bereits Teil des aktuellen Konzepts der Fachabteilung zur Personalgewinnung.

Soweit Sie die Erhöhung der Vollzugszulage auf das Niveau der Polizeizulage

ansprechen, kann ich Ihnen versichern, dass mir die Problemstellung bewusst ist und ich die Angelegenheit im Blick behalten werde.

In Ihrem Schreiben sprechen Sie die Mehrbelastung von Vollzugsbediensteten durch die Führung von Beobachtungsbögen durch das Projekt NeDiS an.

Für die Strukturerkennung ist es unumgänglich, dass Informationen erfasst und dem Strukturbeobachter zugeleitet werden. Die Beobachtungsbögen ersetzen grundsätzlich Einzelmeldungen der Vollzugsbediensteten und sollen in der konkreten Anwendung eher der Entlastung denn der Mehrbelastung des Personals dienen.

Im Rahmen einer aktuellen Abfrage wurde die tägliche Bearbeitungszeit eines Beobachtungsbogens mit 5 bis 10 Minuten angegeben. Selbst in den beiden Anstalten mit den meisten gelisteten Gefangenen wurden bislang keine Beschwerden bekannt.

Ihre Auffassung, die Führung der Beobachtungsbögen stellten per se eine deutliche Mehrbelastung der Stationsbediensteten dar, lässt sich zumindest aus den Ergebnissen der Abfrage nicht ableiten.

Den Behördenleitungen sind darüber hinaus keine Fälle bekannt geworden, wonach aufgrund unterschriebener Beobachtungsbögen konkrete Bedrohungslagen von Vollzugsbediensteten entstanden sind.

Wie Sie wissen, war die Angelegenheit Gegenstand einer ausführlichen Erörterung mit dem Hauptpersonalrat Justizvollzug am 14.07.2016. Die Fachabteilung hat in dieser Sitzung deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die vorgetragenen Anliegen und Sorgen der Bediensteten sehr ernst nimmt. Es wurde deshalb einvernehmlich vereinbart, dass sich eine Arbeitsgruppe unter Einbindung von Mitgliedern des Hauptpersonalrates mit der geschilderten Problematik nochmals befasst.

Ziel ist hierbei die Entwicklung eines für alle Anstalten klaren und strukturierten Verfahrens im Sinne einer möglichst einfachen und die Bediensteten wenig belastenden Anwendung, aber auch im Sinne der Gewinnung der erforderlichen Erkenntnisse für die innere Sicherheit unseres Landes.

Sehr geehrte Frau Kannegießer, lassen Sie mich abschließend nochmals betonen, dass ich großen Respekt vor der Leistung aller im Vollzug Tätigen habe und mich immer wieder gerne für die Belange der hessischen Vollzugsbediensteten einsetze.

Mit freundlichen Grüßen
Eva Kühne-Hörmann
Staatsministerin



19. Wahlperiode

**HESSISCHER
LANDTAG**Drucksache **19/3746**

06.09.2016

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Stellenzulage für Feuerwehr, Polizei und Justizvollzug muss ruhegehaltfähig werden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die rechtliche Grundlage für die Einführung der Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen für Beamtinnen und Beamte mit vollzugspolizeilichen Aufgaben, für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr und für Beamtinnen und Beamte bei Justizvollzugs-einrichtungen und psychiatrischen Krankenanstalten zu schaffen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die CDU-geführten Landesregierungen die Ruhegehaltfähigkeit nach der Föderalismusreform nicht eingeführt haben und so die Beamtinnen und Beamten der Polizei, der Feuerwehr und des Justizvollzugs, die in den Ruhestand eintreten, erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen müssen.

Begründung:

Die Stellenzulagen für Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug werden für die physischen und psychischen Anforderungen dieser Berufsgruppen gewährt.

Sie sind in ihrer täglichen Arbeit Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt und müssen in extremen Belastungssituationen in kürzester Zeit einschneidende Maßnahmen treffen. Die Weitergewährung der Stellenzulagen in diesen Bereichen ist auch für Ruhestandsbeamtinnen und -beamte erforderlich, da die psychischen und physischen Höchstbelastungen sie oft ein Leben lang begleiten und viele aus gesundheitlichen Gründen schon vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten müssen.

Wiesbaden,
6. September 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Beihilfeanspruch für Pensionäre bei gleichzeitigem Bezug von Rente

Fachgruppenvertreter für Pensionäre und Rentner informiert über aktuelle Entwicklung

In der Ausgabe Nr. 2/2016 der Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“ wurde veröffentlicht, dass freiwillig versicherte Pensionäre, die eine Rente zur Pension erhalten, auf keinen Fall einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen bei der Deutschen Rentenversicherung – Bund beantragen bzw. erhalten dürfen, weil sonst ein Anspruch auf Sachleistungen beihilferechtlich nicht mehr besteht. Dieser Grundsatz gilt nach wie vor.

In dem jetzt bekannt gewordenen Fall hat ein Pensionär, dessen Ehefrau verstorben ist, eine **Witwenrente** erhalten. Da die Ehefrau zu Lebzeiten von dem Rentenversicherungsträger einen Zuschuss zu

den Krankenversicherungsbeiträgen erhalten hatte, wurde der **Zuschuss** bei der Festsetzung der **Witwenrente weiter in entsprechender Höhe gezahlt**. Somit hat der Pensionär **keinen** Anspruch auf Zahlung von beihilferechtlichen Sachleistungen. Die Sachleistungen können beihilferechtlich erst dann wieder beantragt werden, wenn kein Zuschuss zu den Krankenkassenbeiträgen der Witwenrente gezahlt wird.

Weil im geschilderten Fall der Pensionär es unterlassen hatte, den Rentenbescheid über die Festsetzung der Witwenrente dem Regierungspräsidium Kassel vorzulegen und er seit dem Ableben der Ehefrau einen Antrag auf Beihilfe gestellt hatte, wurde festgestellt, dass er die Bei-

hilfe **zu Unrecht erhalten hat und diese Beiträge nun zurückzahlen muss.**

Die Witwenrente ist beihilfeberechtigt ebenso zu behandeln wie die Rente des Pensionärs. Die obige Regelung gilt nicht für Pensionäre, die privat krankenversichert sind. Bei gleichzeitigem Bezug von Pension und Rente (auch Witwenrente) darf der Betrag des Krankenzuschusses nicht die Höhe von 40,99 Euro überschreiten. Auf darüber hinausgehende Beträge müsste schriftlich bei dem Rentenversicherungsträger verzichtet werden.

Auf alle Fälle sollte bei einem erstmaligen Bezug von Witwenrente, der Rentenbescheid der Beihilfeabteilung beim Regierungspräsidium Kassel vorgelegt werden.

Aus den Ortsverbänden

OV Kassel II

Vorstandswahlen bei der Jahreshauptversammlung

Zum neuen OV-Vorsitzenden wurde Ralf Kiesow gewählt

Der BSBD-Ortsverband Kassel II hat am 22. Juni 2016 auf seiner Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorstandsvorsitzender ist Ralf Kiesow. Herr Michael Brüggelolte wurde zum stellv. Vorsitzenden gewählt, zudem übernimmt er die Funktion des Schriftführers. Neuer Kassenwart ist Herr Jens Mißler und die Kollegen Hermann Haus und Karl-Heinz Wurmstein wurden zu Beisitzern gewählt.

Kollege **Kiesow** übernimmt zum zweiten Male seit Eintritt in den BSBD den Vorsitz eines Ortsverbands. Bevor **Ralf Kiesow** zum 1. Juli 2012 an die JVA Kassel II versetzt wurde, hatte er den Vorsitz des BSBD-Ortsverbands Kassel I inne. Herr **Kiesow** hat sich nach der Wahl zum Vorsitzenden für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen bedankt. Zudem fand er lobende Worte für seinen Vorgänger, Herrn **Hermann Haus**, der jahrelang Vorsitzender des BSBD-Ortsverbands war und nicht nochmals antreten wollte.

Kollege **Hermann Haus**, so **Kiesow**, ist ein „BSBD-Urgestein und ein Gewerkschaftler durch und durch“. Dass er sich seit vielen Jahren schon immer für die Bediensteten eingesetzt hat, ist absolut lobenswert und verdient große Anerkennung. Kollege **Kiesow** überreichte seinem Vorgänger, **Hermann Haus**, einen Präsentkorb. **Kiesow** teilt mit, dass es viel zu tun gibt. Dass der Stellenabbau



Neuer Vorstand OV Kassel II, v.l.n.r.: Jens Mißler, Michael Brüggelolte, Hermann Haus, Karl-Heinz Wurmstein und Ralf Kiesow.

Foto: BSBD-Hessen

in der Justiz zunächst einmal kein Thema mehr ist und stattdessen der hessische Justizvollzug 56 neue Stellen erhält, um u.a. die 41-Stunden-Woche kompensieren zu können, freut ihn sehr. Durch die Stellenmehrung wird seiner Meinung nach zwar lediglich der Allgemeine Vollzugsdienst entlastet, aber jede positive Meldung sei besser als eine negative.

Nichtsdestotrotz wünscht sich **Kiesow** nun, dass sich nicht auf diesem erreichten Teilziel ausgeruht wird. **Kiesow** sieht weiteren Verbesserungsbedarf. U.a. sollte der mittlere Vollzugs- und Verwaltungsdienst ebenfalls mit der Besoldungsgruppe A 7 anfangen dürfen. Es ist nicht nachvoll-

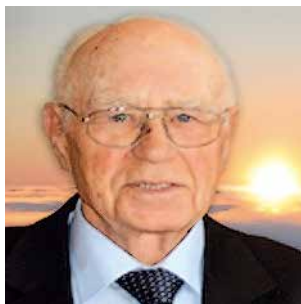
ziehbar, warum betreffend dem Eingangsamts Unterschiede zu anderen Fachrichtungen wie dem AVD, Werkdienst und Krankenpflegedienst gemacht werden, zumal diese vier Laufbahnen gemäß DR-ModG (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz) zu einer einzelnen Fachrichtung zusammengefügt worden sind.

Der mittlere Vollzugs- und Verwaltungsdienst bleibt bisweilen auf der Strecke – nicht nur bei Beförderungen. Zudem würde es Koll. **Kiesow** begrüßen, wenn für die Bediensteten des AVD Dienstsport eingeführt wird, der während der Dienstzeit stattfindet, verpflichtend sein müsste und im Umkehrschluss voll-

auf die wöchentlich zu erbringende Arbeitszeit angerechnet wird. Der AVD wird gerne mit der Polizei verglichen. Für beide Bereiche gilt im Hinblick auf die gesundheitlichen Anforderungen die PDV 300 (Polizeidienstvorschrift). Nicht nur als Einstellungsvoraussetzung, sondern auch während der gesamten Dienstzeit. Um Bedienstete des AVD während ihrer gesamten Dienstzeit gesundheitlich fit zu halten, genügt es einfach nicht, zwei bis drei Gesundheitstage im Rahmen des Gesundheitsmanagements pro Jahr anzubieten bzw. halbherzige Regelungen zu treffen, dass Sport, der außerhalb der Dienstzeit erbracht wurde, zu einem Teil auf die Arbeitszeit angerechnet werden kann (aktuell können auf Antrag von vier geleisteten Sportstunden zwei Stunden auf die Arbeitszeit angerechnet werden, falls diese Sportart als förderlich angesehen wird). Selbstredend ist jeder für sich selbst verantwortlich, etwas für seine Gesundheit zu tun, aber **Kiesow** geht davon aus, dass voll anrechnungsfähiger Dienstsport während der Arbeitszeit wie er bei der Polizei praktiziert wird sehr sinnvoll ist. Auch, um aktiv und vor allem effektiv gegen erhöhte Krankenausfalltage vorzugehen. Dass dadurch weitere Planstellen notwendig sind und dass dies nicht kurz- bzw. mittelfristig umsetzbar ist, ist **Kiesow** bewusst.

Kiesow hält fest, dass der hessische Strafvollzug ein „moderner“ Strafvollzug ist. Um ihn noch moderner zu machen, sollten Insassen über die Möglichkeit verfügen, PC-Anlagen bedienen zu dürfen und Internetseiten besuchen zu können. Es muss nicht alles in den Hafträumen stattfinden, aber vielleicht an auserwählten, gut kontrollierbaren Plätzen innerhalb der JVA. **Kiesow** weiß, dass berechtigterweise Sicherheitsbedenken bestehen, aber EDV-technisch kann die Verwendung des Internets und die Benutzung eines PCs ganz einfach eingeschränkt werden, sodass z.B. nur bestimmte Internetseiten wie z.B. dem Arbeitsamt und dem Sozialamt aufgerufen werden können. Die Insassen sollten nach Meinung von Koll. **Kiesow** noch während ihrer Haftzeit die Möglichkeit haben, sich für eine Arbeitsstelle nach der Entlassung bewerben zu können.

Abschließend teilte **Kiesow** mit, dass er auch die Tarifbeschäftigten nicht vergisst. Er hofft, dass vor allem die jüngeren Kolleginnen und Kollegen im Tarifbeschäftigtenverhältnis schnellstmöglich verbeamtet werden, was als Bitte an die Aufsichtsbehörde zu verstehen ist, ausreichende Planstellen zur Verfügung zu stellen. Explizit für den gehobenen und höheren sozialen Dienst sowie für den mittleren Vollzugs- u. Verwaltungsdienst.



Der BSBD Hessen trauert um **Franz Wetter**

verdientes Mitglied des Ortsverbandes Fulda, das am 27.04.2016 im Alter von 89 Jahren für uns unerwartet verstorben ist.

Franz Wetter war seit 1957 im ehemaligen Gerichtsgefängnis Fulda als Meister im Angestelltenverhältnis tätig. Seinem Engagement war es mit zu verdanken, dass die heutige JVA Fulda stets über ausreichend Arbeitsaufträge durch Fremdfirmen verfügte und den Insassen durchgehend angemessene Beschäftigung angeboten werden konnte.

Franz Wetter hat sich um den BSBD-Hessen verdient gemacht. Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der Vorstand des BSBD-Hessen mit dem Vorstand des Ortsverbandes in der jeweiligen Vollzugeinrichtungen seine Sitzungen durchführt. Der Vorstand des Ortsverbandes Fulda mit Franz Wetter war der erste, der eine gemeinsame Sitzung zwischen Orts- und Landesverbandsvorstand durchführte.

Franz Wetter zeichnete sich durch Aufgeschlossenheit, Beharrlichkeit, Zuverlässigkeit und durch sein freundliches und hilfsbereites Wesen aus. Als fairen Kämpfer für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen wird er uns unvergessen bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes und allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Landesverband Hessen
Der Vorstand

Nachruf

Wir haben die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass unser Ehrenmitglied und Mitglied des Ältestenrats des BSBD-Hessen

Frau Kollegin

Hildegund Weber

Im 92. Lebensjahr nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.

Hildegund Weber war bis zu ihrer Versetzung in den Ruhestand als Verwaltungsbeamtin in der JVA Frankfurt/M. III tätig. Seit dem 1.12.1972 war Frau Weber Mitglied im BSBD-Hessen.

Nach langjähriger Mitarbeit im Vorstand des Ortsverbandes der JVA Frankfurt/M. III übernahm sie auch die Aufgaben der Fachgruppenvertreterin für Pensionäre und Rentner im BSBD-Hessen.

Aus gesundheitlichen Gründen konnte Frau Weber diese verantwortliche Tätigkeit ab dem Jahre 2006 nicht mehr ausüben.

Frau Weber hat sich durch ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit besonders ausgezeichnet. Mut, Entschlossenheit, Beharrlichkeit und ihr freundliches und stets hilfsbereites Auftreten kennzeichnen ihr Lebenswerk. Als faire Kämpferin für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen wird sie uns unvergessen bleiben.

Wir werden Frau Kollegin Hildegund Weber ein ehrendes und allseits verpflichtendes Andenken bewahren.

Birigt Kannegießer
Landesvorsitzende

Willi Kümmel
Fachgruppenvertreter f. Pens.